

Citation style

Vonderach, Gerd: review of: Mathias Kreml / Johannes Thaler (eds.), 100 Jahre Arbeitsmarktverwaltung. Österreich im internationalen Vergleich, Göttingen: V&R unipress, 2017, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 2019, 1, p. 129-130, DOI: 10.15463/rec.1570318882

First published: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 2019, 1



copyright

This article may be downloaded and/or used within the private copying exemption. Any further use without permission of the rights owner shall be subject to legal licences (§§ 44a-63a UrhG / German Copyright Act).

VSWG 106, 2019/1, 129–130

Mathias Krempl / Johannes Thaler (Hg.)

100 Jahre Arbeitsmarktverwaltung. Österreich im internationalen Vergleich

(Zeitgeschichte im Kontext 12). Vienna University Press, Wien 2017, 266 S., 50,00 €.

Der mit einem Vorwort des zuständigen österreichischen Ministers versehene, anspruchsvoll intendierte Sammelband umfasst die Beiträge einer gleichlautenden Konferenz. Die Herausgeber sind wissenschaftliche Mitarbeiter am Institut für Rechts- und Verfassungsgeschichte bzw. am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien, die Autoren sind allesamt wissenschaftliche Experten.

Sieben Beiträge befassen sich mit der Entwicklung der Arbeitsmarktverwaltung in Österreich. Die Reihenfolge folgt nicht dem chronologischen Verlauf, der auch von ihren Themen recht ungleichgewichtig erfasst wird; die ersten vierzig Jahre beanspruchen vier Fünftel des Umfangs. Den Beginn macht der eindrucksvolle Beitrag „Die k. k. Arbeitsvermittlung an Kriegsinvalide im Ersten Weltkrieg“. Der folgende, eher kursorisch angelegte Aufsatz „Zäsuren der österreichischen Arbeitsmarktverwaltung 1917–1957“ von Mathias Krempl führt in das Thema des Bandes ein. Leider fehlt ein Überblicksbeitrag zur Entwicklung bis zur Gegenwart. Es folgen ein Beitrag über „Beamte der österreichischen Arbeitsmarktverwaltung und das NS-Regime“ sowie einer über die Verwaltung von Arbeitslosen und Arbeitssuchenden am öffentlichen Arbeitsamt von 1918 bis 1934.

Einen weiten Zeitraum umfasst der Aufsatz „Ausländische Arbeitskräfte in Österreich – Die rechtsgeschichtliche Entwicklung der Arbeitsmigration seit der Frühen Neuzeit“ von Ilse Reiter-Zatloukal. Er gibt einen wichtigen Überblick einschließlich des problematischen und zeitweise unmenschlichen Umgangs mit den Betroffenen. Bis zur Gegenwart identifiziert sich die Autorin mit den Interessen der Zuwandernden gegenüber den Arbeitsmarktinteressen der Wirtschaft und ohne Verständnis für Ängste und abwehrende Haltungen in der Bevölkerung. Abschließend zitiert sie einen gleichgesonnenen Kollegen: „Illegal migration is [...] a product of the law made to controll migration“ (S. 157).

Eine wertvolle Ergänzung leistet der Beitrag „Sozialpartnerschaft: Ein zentraler Gestaltungsfaktor im Österreich der Zweiten Republik“ von Emmerich Tálos als Problemskizze eines spezifischen Aspekts der österreichischen Politik. Der Einfluss der Sozialpartnerschaft, insbesondere auch in der Arbeitsmarktpolitik, erfuhr in den letzten Jahrzehnten eine Reduktion durch Veränderungen der Erwerbsstruktur, neue politische Akteure und den EU-Beitritt. Ein weiterer Aufsatz benennt den NS-Zugriff auf die Arbeitsmarktverwaltung durch das Reichsarbeitsministerium 1938/39.

Vier Beiträge befassen sich mit anderen Ländern. Dem Anspruch eines internationalen Vergleichs können sie aber nicht gerecht werden, da weder ein Vergleich mit Österreich angestellt wird, noch die vier Länderberichte hierfür ausreichen. Leider fehlt ein breiter angelegter Bericht zur deutschen Entwicklung, u. a. zur frühen Einrichtung öffentlicher Arbeitsnachweise; der Beitrag über das Führungspersonal des deutschen Bundesministeriums für Arbeit und seiner Vorgängerbehörden 1945–1960 beschränkt sich auf ein engeres Thema. Eher entspricht der Beitrag „The Historical Evolution of Public Employment Services in Italy From a Comparativ Perspective“ dem intendierten Anspruch, indem er den mehrfachen Wechsel zwischen einer ausschließlich staatlichen Arbeitsmarktverwaltung und ihrer Koexistenz mit privaten Agenturen nachzeichnet. Ein Beitrag zur Arbeiterpolitik in Brasilien unter Getúlio Vargas (1930–1945) thematisiert eine

interessante Phase des dortigen Politikgeschehens, tangiert aber kaum die Arbeitsmarktverwaltung. Der Beitrag „Staat und Arbeitsmarkt im modernen Japan: Transformation vom liberalen zum produktivistischen Wohlfahrtsregime“ von David Chiavacci enthält einen aufschlussreichen Bericht über die spezifische Arbeitsmarktentwicklung Japans im Wandel der politischen Gestaltungskonzepte.

Der Sammelband zeugt insgesamt vom Problemverständnis der kenntnisreichen Autoren mit eher linken, mitunter als „progressiv“ benannten politischen Grundhaltungen im Unterschied zu von ihnen eher negativ bewerteten „konservativen“ Haltungen und Interessen.

GERD VONDERACH
Oldenburg

VSWG 106, 2019/1, 130–131

Mike Meißner

Der Verein Arbeiterpresse (1900–1933). Selbstverständnis, Autonomie und Ausbildung sozialdemokratischer Redakteure

(Geschichte der Kommunikation 2). Nomos, Baden-Baden 2017, 228 S., 39,00 €.

Diese am Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Leipzig entstandene Masterarbeit, die für die Drucklegung überarbeitet und erweitert wurde, ist auf eine sozialdemokratische Organisation zentriert, die noch nicht systematisch erforscht wurde. Obwohl die Hand- und Jahrbücher des Vereins Arbeiterpresse und die von ihm regelmäßig publizierten Mitteilungen schon mehrfach als Quelle für programmgeschichtliche Studien über die Sozialdemokratie oder für Spezialuntersuchungen zum Arbeiterleben und zur Arbeiterkultur herangezogen wurden, fanden seine Bedeutung als journalistische Berufsorganisation sowie das professionelle Selbstverständnis der in diesem Verein organisierten Mitarbeiter der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Publizistik bislang nur wenig Beachtung.

Auf diese Forschungslücke zielt die Studie von Meißner. Er analysiert den Aufbau und die Funktionsweise des Vereins und fragt aus kommunikationshistorischer Perspektive, an welchem journalistischen Berufsbild sich die in ihm organisierten sozialdemokratischen Publizisten in ihrer Rolle als „Erzieher der Massen“ (S. 131) orientierten. Er befasst sich mit dem Problem der journalistischen Autonomie, das in der täglichen Zusammenarbeit zwischen den Parteiredakteuren und den sie kontrollierenden sozialdemokratischen Pressekommissionen immer wieder zur Debatte stand. Vor Ort entschieden nämlich die prominent besetzten Pressekommissionen über die Anstellung und Entlassung von journalistischen Mitarbeitern und mischten sich auch in deren inhaltliche Arbeit ein. Dies hatte aus der Sicht des Autors zur Folge, dass die Redakteure der sozialdemokratischen Zeitungen „mindestens bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges eher der Partei als dem Beruf verpflichtet“ waren (S. 96). Als Gesinnungsjournalisten prägten sie den sozialdemokratischen Alltag auf der nationalen, regionalen und lokalen Ebene publizistisch. In der Partei verfügten sie über eine besondere Vertrauensstellung, die sich bei der Vergabe von parlamentarischen Mandaten und